

Armut wird falsch gemessen

Denkfabrik Hilmar Schneider

■ Arm trotz Job? Das Phänomen der „working poor“ wird in Deutschland überzeichnet. Das Problem sind nicht die Löhne – sondern zu geringe Arbeitszeiten.

Diese Zahl klingt ziemlich trostlos: Jeder achte Haushalt in Deutschland muss trotz Erwerbstätigkeit seiner Mitglieder mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auskommen. Das ist zumindest das Ergebnis, wenn man die Definition der sogenannten Erwerbsarmut zugrunde legt. Die Erwerbsarmutsquote ist ein gängiges statistisches Maß; auch die Bundesregierung verwendet es in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht. Es wird dabei ermittelt, wie viele Haushalte ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens erzielen, obwohl mindestens ein Haushaltsmitglied einer Arbeit nachgeht. Damit sich unterschiedliche Haushaltstypen vergleichen lassen, erfolgt eine spezielle Gewichtung, die von der Zahl und vom Alter der Haushaltsmitglieder abhängt.

Doch welche Schlussfolgerungen lassen sich aus dem Befund „Erwerbsarmut“ ziehen? Der Begriff suggeriert, es handle sich bei der zugrunde gelegten Arbeit um Vollzeitjobs. Das ist der rhetorische Reflex, der die verteilungspolitische Debatte zu diesem Thema beherrscht. Schnell und gern bemühen Kritiker dann auch das aus den USA bekannte Phänomen der „working poor“, um die hiesige Situation zu skandalisieren. „Arm trotz Arbeit“ – aus dieser

Sicht erscheint es nur logisch, die Armutsursache in einem zu geringen Stundenlohn zu vermuten und den Ausweg aus der Misere in einer Anhebung der Mindestlöhne zu suchen. Die Realität ist jedoch komplexer, und es lohnt sich, der Frage nachzugehen, ob die unterstellte Annahme überhaupt zutrifft. Tatsächlich tritt nur in drei Prozent aller Haushalte das Problem auf, dass sie trotz Vollzeitarbeit nicht über die Armutsschwelle kommen. Drei von vier Erwerbstätigenhaus-

Erwerbsarmut sollte an Armut trotz Vollzeiterwerbstätigkeit festgemacht werden. Andernfalls machen sich Sozialpolitiker zu Getriebenen

halten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle sind nicht deshalb arm, weil ihre Löhne zu gering sind. Sondern weil sie bei durchaus anständigen Löhnen zu wenig arbeiten. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen – meist unfreiwilliger Natur. Eine der wichtigsten Ursachen sind fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Alleinerziehende, die deshalb oft nur im Rahmen eines Minijobs ihre Sozialhilfe aufbessern können. Diesen Menschen hilft eine Anhebung ihrer Löhne nur bedingt, solange ihre zeitlichen Einschränkungen bestehen bleiben. Wenn

ihre Armut mit einem höheren Mindestlohn bekämpft werden sollte, müsste dieser unrealistisch hoch ausfallen. Denn wenn man mit zehn Wochenstunden auf das gleiche Einkommen gelangen soll wie jemand, der 40 Wochenstunden arbeitet, ist das nur mit einem vierfach höheren Stundenlohn möglich. Würde dagegen in allen von Armut betroffenen Erwerbstätigenhaushalten in Vollzeit gearbeitet und betrachtet man die berechnete Armutsschwelle als fix, ließe sie sich von nahezu jedem Haushalt locker überwinden – selbst wenn die Bezahlung nur beim heutigen Mindestlohn läge. Daraus folgt: Das wirksamste Mittel, Erwerbsarmut zu bekämpfen, liegt nicht in einem höheren Mindestlohn, sondern in der Beseitigung von Arbeitszeitsbeschränkungen. Der Mindestlohn kann realistischerweise erst dann armutsvermeidend

weniger konstant bleibt. Neue Simulationsrechnungen zeigen, dass unter sonst gleichen Bedingungen selbst bei einem Mindestlohn von 15 Euro die Erwerbsarmutsquote unverändert bleibt. Das gilt natürlich auch umgekehrt: Wenn die Einkommen allgemein sinken, bleibt die Armutsquote ebenfalls konstant, obwohl es die Armen mit Sicherheit am härtesten trifft.

Das Dilemma rührt daher, dass die Armutsquote etwas anderes misst, als sie zu messen vorgibt. Sie ist eher ein Maß für die Einkommensungleichheit als für Armut. Die Verwirrung ist also gleich doppelter Natur: Die Erwerbsarmutsquote misst weder Armut, noch erfasst sie das Phänomen der „working poor“. Die darauf aufbauende Debatte wird so zwar hoch emotional, aber auf der Grundlage falscher Annahmen geführt.

Die Politik wäre daher gut beraten, sich von verwirrenden und nicht hilfreichen Konzepten der Armutsmessung zu verabschieden. Statt einer relativen Armutsquote müsste ein Mindesteinkommensstandard definiert werden, der sich an einem Bedarfskonzept orientiert. Erwerbsarmut sollte an Armut trotz Vollzeiterwerbstätigkeit festgemacht werden. Nur so eröffnet sich die Chance, ursachengerechte Konzepte zur Armutsbekämpfung zu entwickeln. Andernfalls machen sich Sozialpolitiker freiwillig zu Getriebenen – und ohne Aussicht auf Erfolg.



Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Der Ökonom war zuvor Direktor des Institute of Socio-Economic Research in Luxemburg.